

VORWORT

Ulf Brunnbauer (Berlin)

Ideologisierte Praxis und praktizierte Ideologie im Realsozialismus

Während des Kalten Krieges war die Sicht auf die realsozialistischen Gesellschaften Ost- und Südosteuropas durch das Paradigma des Totalitarismus geprägt – und verstellt: Sowohl Wissenschaftler und Politiker als auch weite Teile der veröffentlichten Meinung porträtierten die Gesellschaften im Osten als gänzlich von der Willkür der herrschenden kommunistischen Partei determiniert. Es wurde zwar weithin eingestanden, dass Ungarn und Jugoslawien sowie zeitweise auch Polen nicht so recht in dieses Paradigma passten, aber grundsätzlich wurden die realsozialistischen Staaten mit folgenden Eigenschaften versehen:

- hochgradige Konzentration der Macht in den Händen der Parteiführung (oder gar einzelner Parteiführer);
- Kontrolle der gesamten Gesellschaft durch den Staat, der in die letzten Poren des alltäglichen Lebens eindringt und eine monolithische Ideologie propagiert, der Bildung, Kultur und öffentliche Meinung unterworfen sind;
- Schwäche der Gesellschaft, deren „einfachen“ Mitgliedern nur die Konformität bleibt, wollen sie nicht als Dissidenten die Macht des Staates am eigenen Leib verspüren.

Das totalitaristische Paradigma sah Orwells Anti-Utopie tatsächlich verwirklicht und übernahm dabei das Selbstbild der kommunistischen Parteien, die sich als die „führende Kraft der Gesellschaft“ verstanden. Was das Politbüro oder der Diktator beschloss, das schien auch wirklich zu passieren. Eine solche Darstellung erwies sich natürlich aus politischen Gründen als sehr vorteilhaft: Wer sich einen derart monolithischen, von einer aggressiven Ideologie getriebenen, die Bürgerrechte ignorierenden Gegner entwirft, findet leichter die Zustimmung seiner Bevölkerung, um Unsummen für Rüstung auszugeben und in aller Welt den Kommunismus zu bekämpfen, als wenn das andere System schwach, von inneren Widersprüchen geplagt, heterogen und gleichzeitig anpassungsfähig erscheint.

Aber schon während des Kalten Krieges gab es Stimmen von Wissenschaftlerinnen und Wissenschaftlern, die dieses simplifizierte Bild hinterfragten. Historische Forschungen über die Natur des Stalinismus, etwa von der US-amerikanischen Historikerin Sheila Fitzpatrick, zeigten zum Beispiel, dass auch der Stalinismus nicht einfach Ausfluss der Hybris eines Individuums war, sondern mit den Interessen einer signifikanten sozialen Gruppe zusammenhing. Anthropologische Forschungen aus jener Zeit (die allerdings teilweise erst nach 1989 veröffentlicht wurden), wie die von Chris Hann in Ungarn (siehe seinen Beitrag in diesem Heft) und Polen, David Kideckel und Katherine Verdery in Rumänien, Joel Halpern (auch er ein Autor dieses Hefts) und seinem Team in Jugoslawien, Caroline Humphrey in der Sowjetunion, John Bornemann in der DDR oder Gerald Creed in Bulgarien, sowie soziologische Forschungsarbeiten machten deutlich, dass die gesellschaftlichen Realitäten und sozialen Praktiken in den realsozialistischen Ländern keinesfalls nur durch den Willen der Partei erklärbar waren.

Diese Ansätze wurden in den letzten Jahren verstärkt fortgeführt. Zahlreiche Arbeiten behandeln aus unterschiedlichen Perspektiven die Kluft, die im Realsozialismus zwischen ideologischem Anspruch und sozialer Realität bestanden hat. Sie zeigen die vielfältigen Strategien der betroffenen Bevölkerungen auf, die dazu gedient haben einerseits Autonomie aufrecht zu erhalten und andererseits ein halbwegs erträgliches Leben zu führen. Dabei wird deutlich, dass die realsozialistischen Systeme von Aushandlungsprozessen zwischen Herrschern und Beherrschten geprägt gewesen sind und dass selbst diese Dichotomie problematisch ist, da breite gesellschaftliche Gruppen „Macht“ – wenn auch nicht im formalen Sinne – besessen haben. Das Leben im Realsozialismus war viel widersprüchlicher, als sich damalige offizielle Rhetorik und westliche Sichtweise eingestanden; den Menschen standen selbst in einem so repressiven System wie dem Ceaușescus noch Handlungsoptionen offen, welche die Politik von Staat und Partei modifizierten.

Die wichtige Einsicht, dass das konkrete Leben im Sozialismus nicht einfach auf die Beschlüsse des Politbüros reduzierbar ist, darf aber nicht zum gegenteiligen Extrem, der Unterschätzung des transformativen Potentials des realsozialistischen (wie eines jeden modernen) Staates, führen. Soziale Praxis und Ideologie fielen zwar oft auseinander, aber gleichzeitig vermochte der Staat, soziale Identitäten zu formen und Normalbiografien vorzugeben, welche das Spielfeld der gesellschaftlichen Aushandlung darstellten. Die Inhalte entsprachen oft nicht den Vorstellungen der Parteiführer, aber nichtsdestotrotz waren sie in vielfacher Weise mit dem sozialistischen System verbunden. Als Ergebnis entstand eine spannungsreiche dialektische Verbindung zwischen Politik und Ideologie einerseits und sozialer sowie individueller Praxis andererseits: Staat und Gesellschaft standen sich nicht dichotomisch gegenüber, sondern waren kompliziert und durchaus widersprüchlich ineinander verwoben.

Von diesen Einsichten ausgehend versucht dieses Heft einige wichtige Aspekte realsozialistischer Vergesellschaftung zu beleuchten. Es geht dabei um Fragen der Ideologie und wie sich diese im alltäglichen Leben festzumachen versuchte ebenso wie um soziale Praktiken, die den Intentionen der Machthaber zuwider liefen. Die einzelnen Autorinnen und Autoren dieses Heftes, die auf intensive und langjährige Forschungen über – und teilweise auch in – realsozialistischen Gesellschaften zurückblicken können, fügen somit den Ambivalenzen des Realsozialismus einige neue Facetten hinzu. Als Herausgeber erscheint mir dies nicht nur eine forschungsimmanent wichtige Aufgabe zu sein, sondern auch als essentiell für das Verständnis der gegenwärtigen Verhältnisse im post-sozialistischen Raum: der Realsozialismus ist verschwunden, aber nicht die von ihm geschaffenen sozialen Identitäten und Praktiken.